

und bleibt er dem Dictat seiner Währinger Clique gehorsam, so dauert es kein Jahr und man jagt ihn mit Schimpf und Schande davon. Ist er klug, nimmt er die Tradition Burckhard auf und bescheidet sich, ihr großes Andenken treu zu verwalten, dann werden wir vielleicht vergessen können, wie er zu uns gekommen ist und wie er bei uns begonnen hat. Mag er wählen. Er hat sein Schicksal in der eigenen Hand.

Wenn es aber wahr ist, daß man jemanden sucht und schon beinahe gefunden hat, der fähig ist, Intendant und Director zugleich zu sein, dann könnten wir wieder an die Zukunft unseres Burgtheaters glauben.

Hermann Bahr.

Die Woche.

Faktische Fragen.

Was mir die „Arbeiter-Zeitung“ auf meine vorwöchentlichen Bemerkungen über ihr Verhalten zum Finanzminister Dr. Kaizl erwidert, sind Rückzugsmanöver. Ich will ihr diesen Rückzug nicht erschweren, sondern eher erleichtern. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte vor vierzehn Tagen Herrn Dr. Kaizl — was vor ihm sicher noch keinem Minister in der „Arbeiter-Zeitung“ passiert ist — einen „modernen und vernünftigen Mann“ genannt, und diesen Ausdruck auch in der vorigen Woche noch gegen uns aufrecht erhalten. Jetzt fängt sie bereits zu unterscheiden an. Sie unterscheidet zwischen dem Parteiführer Kaizl, an dessen Gemeinheiten aus der Aera Badeni ich sie durch Citate aus ihren eigenen alten Artikeln erinnere habe, und dem Finanzminister Dr. Kaizl. Diese Unterscheidung ist von vornherein unhaltbar. Wie nach Schopenhauer der Charakter überhaupt, ist auch die politische Charakterlosigkeit indelebilis, unzerstörbar. Es mag vorkommen, daß ein Mann als Abgeordneter noch ein anständiger Politiker bleibt, aber als Minister den an ihn herantretenden größeren Verletzungen erliegt Beispiel: Herr v. Plener. Aber, daß ein Mann, wie Dr. Kaizl, der sich schon als unabhängiger Abgeordneter politisch vergessen hat, als Minister ein anständiger Politiker wird, diese Annahme streitet einfach gegen die menschliche Natur und ist schon deswegen absolut unzulässig. Im weiteren Verlauf ihrer Erörterungen unterscheidet die „Arbeiter-Zeitung“ bei Dr. Kaizl zwischen seinem Charakter, den sie damit allerdings auch selbst schon preisgibt, und seinem Intellect. Wenn auch Dr. Kaizl, wie die „Arbeiter-Zeitung“ es formuliert, „ein politischer Wicht und doch ein gescheidter Mensch“ ist, so ist er deswegen noch sicher nicht als ein „moderner und vernünftiger Mann“ anzusehen. Denn die romantische Kategorie der durchtriebenen Spitzbuben hat sich in der Politik längst überlebt. Einen Spätling haben wir im Grafen Badeni schauernd miterlebt. Zum modernen Staatsmanne, ob nun Gegner oder Freund, gehört vor allem die Ehrlichkeit. „Anschmieren“ läßt man sich heute nicht mehr, am wenigsten von einem Mann, wie Dr. Kaizl, dessen politische Vergangenheit ihn im höchsten Grade vertrauenswürdig macht. Herr Dr. Kaizl — schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ — habe „vorläufig nichts anderes verschuldet, als daß das Ministerium, dem er als Mitglied angehört, die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben hat“. Nun, so unschuldig steht das Ministerium Thun, trotz seiner geringen Thätigkeit, heute nicht mehr da. Als Reugen dafür citiere ich — abermals — den Socialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhaus. In dem diese Woche veröffentlichten Aufruf des Verbandes wird sehr zutreffend ausgeführt, daß die Auflösung des Grazer Gemeinderathes „nur ein Symptom der reactionären Gesinnung dieser Regierung“ ist, „die im übrigen auf allen Gebieten des politischen Lebens ihre Unfähigkeit schon bewiesen hat“. Die Regierung — heißt es dort weiter — „ist heute schon am Ende ihrer Weisheit angelangt... und sie muß gehen!“ Speciell über die Kaizl'sche Zuckererschleißsteuer, über die die „Arbeiter-Zeitung“, „ihre Entrüstung nur mühsam unterdrückt hat“, sagt der Verband: „Im Namen des arbeitenden Volkes legen wir die entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß die Regierung dem Volke neue Steuern aufbürde“ u. s. w. in noch zwei Variationen. Diese Worte des Socialdemokratischen Verbandes unterschreibe ich. Am 29. März 1898 sagte der Abgeordnete Daszynski im Abgeordnetenhaus: „Wie die Liberalen an ihrem Finanzminister Plener zugrunde gegangen sind, werden auch die Junggehehen an ihrem Finanzminister Kaizl sterben.“ Ganz meine schon längst festgestellte Meinung. Die „Arbeiter-Zeitung“ möge aus diesen Citaten ersehen, daß ich in dieser Polemik nicht, wie sie mir vorwirft, mit dem Abgeordneten Aymann, sondern eher mit dem Abgeordneten Daszynski und den anderen Mitgliedern des Socialdemokratischen Verbandes gehe.

Im zweiten Theil ihrer Polemik behandelt die „Arbeiter-Zeitung“ die Sprachenverordnungen. Auch hier versucht sie zu unterscheiden, und zwar zwischen den Badeni'schen Sprachenverordnungen, die sie bekämpft hat, und den Gautsch'schen Sprachenverordnungen, die sie nicht zu bekämpfen für gut findet. Sie beruft sich dabei auf einen Ausspruch des deutschnationalen Abgeordneten Kaiser, der aber nicht das Wesen der Sprachenverordnungen, sondern lediglich den subjectiven Thatbestand für eine Ministeranklage betrifft. Die „Arbeiter-Zeitung“ könnte sich auf den Abgeordneten Kaiser nur dann berufen, wenn ich ihr denselben Vorwurf gemacht hätte, gegen den sich der Abgeordnete Kaiser in der citirten Rede gegenüber dem Abgeordneten Schönerer vertheidigt, nämlich daß sie gegen die Ministeranklage Gautsch gewesen sei. Das ist mir aber doch nicht im Traume eingefallen. Ich habe mich nur darüber aufgehalten, daß die „Arbeiter-Zeitung“ die Gautsch'schen Sprachenverordnungen überhaupt nicht bekämpft, obzwar gegen diese genau dieselben Gründe sprechen, aus denen, wie ich aus der Erklärung des socialdemokratischen Abgeordneten Hybes nachgewiesen habe, die Badeni'schen Sprachenverordnungen vom Socialdemokratischen Verband bekämpft wurden. Was immer auch diese oder jene Sprachenverordnungen enthalten mögen, sie sind auf jeden Fall gesegwidrig, weil der Regierung ein so weit gehendes Verordnungsrecht gar nicht zusteht, wie seit zwanzig Jahren durch zahlreiche Juristen und erst jüngst durch — mit Herrn Dr. Kaizl zu sprechen — durch die „Ver-

messenheit“ des Obersten Gerichtshofes bezeugt worden ist. Sie sind absolutistisch, weil sie ohne Mitwirkung des Reichsrathes zustande gekommen sind. Sie sind undemokratisch, weil es der demokratischen Anschauung widerspricht, daß ein Volk ohne seine, beziehungsweise seiner Vertreter Zustimmung regiert und reglementiert werde. Sie sind unmoralisch, weil sie von der Regierung nicht um der Gerechtigkeit willen, sondern, um die Stimmen der Junggehehen zu kaufen, erlassen und aufrechterhalten werden. Sie sind endlich im höchsten Grade verderblich, weil ihre Aufrechterhaltung, wie die letzten fünf Vierteljahre zeigen, die Gesetzgebung vollständig blockiert und den nationalen Fanatismus auf beiden Seiten bis zu bürgerkriegähnlichen Explosionen steigert. Ein Interesse an ihrer Aufrechterhaltung haben nur die nationalen Kampfhähne auf beiden Seiten, und jene tertii gaudentes, der Feudaladel und die Schlachta, die von der Zwietracht des deutschen und czechischen Bürgerthums leben. Wir alle, die wir politische und sociale Reformen wünschen, müssen verlangen, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben und durch ein gerechtes, zeitgemäßes Sprachengesetz ersetzt werden, damit wir endlich einmal auch zu andern Problemen Zeit und Kraft finden, die nur dann im modernen Sinne werden gelöst werden können, wenn einmal deutsches und czechisches Bürgerthum sich gegen die Reaction geeinigt haben werden.

Das alles gilt genau so von den Gautsch'schen wie von den Badeni'schen Sprachenverordnungen. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist nicht wegen des Inhalts, sondern wegen der verwerflichen Form für die Aufhebung der Badeni'schen Sprachenverordnungen eingetreten. Sie muß, aus Gründen der Consequenz, das Gleiche gegenüber den Gautsch'schen Verordnungen thun, die an demselben unheilvollen Formfehler leiden, der, wie gezeigt, ein schwerer politischer Fehler ist, ein schwererer vielleicht, als es ein inhaltlich weit ungerechteres Sprachengesetz wäre. Die „Arbeiter-Zeitung“ behauptet, daß wir unsere Ueberlieferungen über Bord geworfen haben. Das heißt den Spieß umdrehen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat ihre Ueberlieferungen über Bord geworfen. Die „Arbeiter-Zeitung“ sucht uns mit Citaten von deutschnationalen Autoritäten — das vorigmal der „Ostdeutschen Rundschau“, diesmal des Abg. Kaiser — zu widerlegen. Das hat keinen Sinn, weil weder wir noch die „Arbeiter-Zeitung“ deutschnational sind. Ich ziehe es, wie auch lezhin, vor, die „Arbeiter-Zeitung“ mit Citaten aus socialdemokratischen Autoritäten zu widerlegen. In dem Aufruf „An die socialdemokratische Wählerchaft Oesterreichs“, den der Socialdemokratische Verband am 30. November 1897 erlassen hat, z. B. heißt es:

„Diese Oppositionsstellung (des Socialdemokratischen Verbandes gegen Badeni) wurde infolge der auf dem Verordnungsweg erlassenen Sprachenverordnungen noch schroffer, da dieser Weg unmöglich zur Versöhnung führen konnte, sondern im Gegentheil die im deutschen und czechischen Bürgerthum herrschende Verwirrung und Verbitterung nur noch steigern mußte.“

„Dieser Weg“ ist auch der Weg der Gautsch'schen Sprachenverordnungen, und diese haben in der That nur noch eine weitere Steigerung der im deutschen und czechischen Bürgerthum herrschenden „Verwirrung und Verbitterung“ bewirkt. Gegen sie müssen die Socialdemokraten aus denselben Gründen in die „Oppositionsstellung“ einrücken, welche der Socialdemokratische Verband in seinem Aufruf vom 30. November 1897 angeführt hat. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ ein neueres, aus der Nach-Gautsch'schen Zeit stammendes Citat wünscht, so nenne ich ihr die Rede, die der socialdemokratische Abgeordnete Zeller in der Sprachendebatte des Abgeordnetenhauses als Fraktionsredner am 3. Mai 1898 hielt. Er sprach da von den damals nicht mehr Badeni'schen, sondern Gautsch'schen Verordnungen, wie folgt:

„Wir Socialdemokraten erklären, daß wir nicht bloß auf diesem, sondern auch auf jedem anderen Gebiete den Verordnungsweg bekämpfen (Zustimmung bei den Parteigenossen), weil dadurch der Regierung die Macht in die Hand gegeben wird, mit den verschiedenen Parteien Schachergeschäfte zu treiben. (Sehr richtig! bei den Parteigenossen!)“

Was hat sich seit dem 3. Mai geändert, daß die „Arbeiter-Zeitung“ jetzt die Bekämpfung der Gautsch'schen Sprachenverordnungen perhorrescirt? Wünscht sie auch noch ein Citat aus ihren eigenen Spalten? Hier ist es: Als Baron Gautsch seine berühmten Verhandlungen mit den Parteiführern begann, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ am 6. December 1897:

„Es bleibt nichts übrig, als die Wirksamkeit der Sprachenverordnungen auf so lange zu suspendieren, bis ein Gesetz die Frage gelöst hat.“

Das ist ungefähr auch meine Meinung, auch heute noch, aber nicht mehr die der „Arbeiter-Zeitung“. Am Tage vor der Veröffentlichung der Sprachenverordnungen noch, am 5. März 1897, gab die „Arbeiter-Zeitung“ dem Baron Gautsch den guten Rath:

„Wenn die Regierung das, was sie morgen durch eine Verordnung macht, im Reichsrath als Regierungsvorlage einbringen würde, so würde sie schon dadurch die Hälfte der Antipathie, die eine Ordnung schon wecken muß, aus der Welt schaffen und dadurch schon sehr viel zur Besiegung der Schwierigkeiten im Parlament beitragen.“

Ganz unser Standpunkt, auch heute noch und für weiterhin! Wir treten für die Beseitigung des ganzen Sprachenverordnungswezens ein, nicht weil wir, wie uns die „Arbeiter-Zeitung“ zumuthet, die „Machtgelüste der deutschen Bourgeoisie“ fördern — wir würden czechfeindliche Sprachenverordnungen ebenso gut bekämpfen — sondern weil wir die Machtgelüste der verdeckt absolutistischen Regierungen Oesterreichs beschneiden und ihnen das Corruptionsmittel nehmen wollen, mittelst dessen sie aus Volksvertretern volksfeindliche Majoritäten zusammensetzen. Wäre es eine volksfreundliche Regierung, welche die Sprachenverordnungen aufrecht hält, dann könnte ein moderner Mensch noch im Zweifel sein, ob er ihr nicht um ihrer politischen und socialen Vorzüge Willen ihre nationalen Fehler vergeben solle. Aber unter einer Regierung Thun, die schon in ihren ersten Wochen ihre gewaltthätigen Neigungen geoffenbart hat, kann es keinen Zweifel geben. Wenn die Socialdemokraten wirklich, wie es das